

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

13.1.1927 (No. 10)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postbeholdung
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. A. Mend,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Dr. Curtius und seine Bemühungen

Der Reichspräsident hatte Anfang der Woche den bisherigen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, einen Führer der Deutschen Volkspartei, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Herr von Sindenburg ging dabei offenbar von der Erkenntnis aus, daß es gar keinen Zweck habe, mit dem deutschnationalen Grafen Westarp vorher einen ähnlichen Versuch zu wagen. Wenn sich das Zentrum überhaupt zur Mitarbeit an einem „Kabinetts der vereinigten bürgerlichen Parteien“ bereit erklären sollte, dann sicherlich nicht an einem Kabinetts mit deutschnationaler Führung. Also war es am besten, gleich Herrn Curtius zu betrauen. Und Herr Curtius nahm den Auftrag an.

Auch jetzt kam alles auf die Stellung des Zentrums an. Sicherlich haben sowohl der Reichspräsident, wie Herr Curtius selbst gehofft, das Zentrum könnte für die Idee eines „Kabinetts der vereinigten bürgerlichen Parteien“ gewonnen werden, wenn nur die deutschnationalen dabei mehr im Hintergrunde blieben. Ob diese Hoffnung berechtigt war, ist bis zur Stunde jedoch mehr als zweifelhaft. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat gestern einstimmig betont, daß sie nach wie vor die schwersten innen- und außenpolitischen Bedenken hinsichtlich der von Dr. Curtius geplanten Kabinettsbildung hege und deshalb den Fraktionsvorstand beauftrage, diese Bedenken Herrn Curtius und Herrn Stresemann, als dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, darzulegen.

Wir glauben kaum, daß es angängig ist, aus diesem Beschluß noch die Möglichkeit einer späteren Zustimmung des Zentrums herauszulesen. Viel näher liegt die Annahme, daß das Zentrum lediglich aus Höflichkeit diese Form der Abgabe gewählt hat, und weil es sich sagt, daß die Vorbringung seiner Bedenken bestimmt genügen wird, um Herrn Curtius von seinem Plan abzubringen.

Eine Unterredung, die Herr Curtius inzwischen mit den Vertretern der Gewerkschaften aller drei Richtungen hatte, ist gleichfalls für ihn ergebnislos verlaufen. Das mußte sie übrigens schon deshalb, weil Dr. Curtius selbst sich bei dieser Besprechung einer jeden Meinungsäußerung enthielt. Wenn man jedenfalls damit gerechnet hat, diese Unterredung könne in irgend einer Form so etwas wie eine moralische Unterstützung für die Bestrebungen des Herrn Curtius ergeben, dann war diese Rechnung falsch. Es ist ja auch garnicht einzusehen, warum sich gerade ausgerechnet die Gewerkschaften für ein Kabinetts mit ausgeprägter Rechtsfärbung einlassen sollten.

Inzwischen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Beschluß veröffentlicht, der politisch sehr klar ist und sich dem Inhalt, wie dem Tone nach von den Reden und Resolutionen der Dezemberstage des vorigen Jahres ganz gewaltig unterscheidet. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt sich in diesem Beschluß ausdrücklich bereit, „mit den auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien in die Reichsregierung einzutreten“. Die Wünsche, die von der Fraktion dabei angemeldet werden, sind in einem so gemäßigten Ton gehalten, daß man sehr wohl von einem bemerkenswerten Entgegenkommen sprechen darf. Jedenfalls ist die Tendenz ganz unüberkennbar, daß die Sozialdemokratie alles vermeiden will, was die Kräfte verschärfen könnte.

Selbstverständlich wird der Beschluß der Sozialdemokraten sowohl beim Zentrum, wie bei den Demokraten die Auffassung verstärkt haben, daß es unter den obwaltenden Umständen nicht angeht, die Bildung eines Kabinetts zu fördern, das doch ganz klar ein Rechtskabinetts wäre und von der Arbeiterschaft als einseitig gegen ihre Interessen gerichtet aufgefakt würde. Wahrscheinlich wird Herr Curtius mit seinen Bemühungen endgültig scheitern. Und dann wird die Bahn frei sein für die Errichtung der einzigen Koalition, die zur Zeit bei uns im Reich die leidlichste Aussichten hat: der Koalition der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten. Es kommt nur darauf an, daß die Deutsche Volkspartei guten Willens ist und die Mitarbeit der Sozialdemokratie nicht unmöglich macht.

Die Behandlung in der Reichswehr. Der Chef der Wehrleitung, General Hebe, hat, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, in einem Erlaß gegen die vorchriftswidrige Behandlung Untergebener darauf hingewiesen, daß er Vorgesetzte, die die Ehre des Untergebenen in irgend einer Weise verletzen, nicht im Heere dulden werde und sich in jedem Fall vorbehalten, zu prüfen, inwieweit übergeordnete Vorgesetzte der ihnen obliegenden Aufsichtspflicht entsprochen haben.

Die Regierungsbildung im Reich

Ein Beschluß des Zentrums
 Die Zentrumsfraktion des Reichstages faßte am Mittwochabend nach zweieinhalbstündiger Beratung einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages teilt die schweren außen- und innenpolitischen Bedenken des Fraktionsvorstandes hinsichtlich der von Dr. Curtius beabsichtigten Kabinettsbildung. Der Vorstand wird beauftragt, diese Bedenken dem Herrn Dr. Curtius und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Stresemann, erneut darzulegen.“

Der Beschluß findet in den Blättern je nach Parteilichung eine verschiedenartige Auslegung. Während in den demokratischen und den sozialdemokratischen Blättern von einem Scheitern der Mission Dr. Curtius gesprochen wird, sehen die deutschnationalen und volksparteilichen Blätter darin keine unbedingte Abgabe an Dr. Curtius. — Die „Tägl. Rundschau“ erklärt allerdings, daß ein vom Zentrumsvorstand dem Beschluß gegebener Kommentar darauf hinauslaufe, daß damit die Abneigung des Zentrums ausgesprochen sein solle, sich an ernsthaften Verhandlungen einer Bildung einer gesamtbürgerlichen Regierung zu beteiligen. — Die „Germania“ schließt ihre Betrachtungen mit den Worten: Was den äußeren Fortgang der Verhandlungen anbetrifft, so nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß Dr. Curtius heute, Donnerstag, seinen Auftrag dem Reichspräsidenten zurückzugeben wird. Das „Berliner Tageblatt“ findet es ebenso wie mehrere andere Blätter bemerkenswert, daß der Zentrumsfraktionsvorstand beauftragt worden ist, die Bedenken des Zentrums neben Dr. Curtius auch Dr. Stresemann als Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei und nicht etwa dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Schulz darzulegen. — Der „Sozialdemokratische Pressebrief“ glaubt, den Zentrumsbeschluß dahin auslegen zu können, daß die Gesamtfraktion des Zentrums ebenso wie ihr Vorstand als die beste Lösung der Krise die Bildung einer Regierung von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie oder inwieweitens mit deren Unterstützung betrachte.

BERLIN, 13. Jan. (Zel.) Wie das Wolffbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind die Besprechungen, in denen der Vorstand der Zentrumsfraktion dem gestrigen Beschluß entsprechend Dr. Curtius und Dr. Stresemann die Bedenken der Fraktion gegen die von Dr. Curtius beabsichtigte Regierungsbildung übermitteln wird, erst für den heutigen Spätnachmittag vorgesehen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die informatorische Besprechung mit den Vertretern der Spitzenverbände der Wirtschaft verschoben wird, bis sich nach dem Empfang des Vorstandes der Zentrumsfraktion ein Bild der weiteren Entwicklung gewinnen läßt.

Die Forderungen der Gewerkschaften
 Bei den Besprechungen mit den Gewerkschaften am Mittwoch, empfing Dr. Curtius die Führer der Gewerkschaftsrichtungen getrennt und zwar als erste die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, Waltrusch, Probst und Otte. Dabei wurde festgestellt, daß diese Besprechungen keinen politischen Charakter haben, da die politische Seite der Regierungsbildung den parlamentarischen Instanzen zufällt. Die Vertreter der Gewerkschaften trugen die Forderungen vor, die sie an die künftige Reichsregierung stellen.

Wie das Wolffbüro erfährt, wurde besonders die Notwendigkeit einer tragbaren Zwischenlösung der Arbeitszeitfrage unterstrichen, das als Arbeitszeitgesetz bis zu seiner Verwirklichung noch längere Zeit in Anspruch nehmen dürfe. Die Gewerkschaften verlangen die dreigeteilte Schicht in der Schwerindustrie und den absoluten Achtstundentag, ferner Maßnahmen gegen das jetzige Überstundenwesen und Zurückhaltung der Sonntagstrake. In der Arbeitslosenversicherung verlangen die Gewerkschaften eine stärkere Staffelung der Unterstützungssätze.

Die Besprechungen mit der Wirtschaft
 Als erste Wirtschaftsgruppe empfing Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am Mittwoch Vertreter des Reichslandbundes und außerdem sind Besprechungen mit Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelsstages, und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Aussicht genommen.

Die Erwerbslosigkeit in der zweiten Dezemberhälfte. Die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes kommt in den neuesten Zahlen der unterstützten Erwerbslosen voll zum Ausdruck. Dabei ist bemerkenswert, daß diese Zahlen in den rein ländlichen Gebieten verhältnismäßig sehr viel stärker gestiegen sind als in den städtischen und industriellen. In der Zeit vom 15. Dezember 1926 bis zum 1. Januar 1927 ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1.211.000 auf 1.470.000 gestiegen, die der weiblichen von 256.000 auf 275.000, die Gesamtzahl von 1.467.000 auf 1.745.000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist im gleichen Zeitraum von 1.597.000 auf 1.963.000 gestiegen.

Die Sammlung des Reichsrechts. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die Spezialberatung des Gesetzesentwurfes über die Sammlung des Reichsrechts vorgenommen. Es handelt sich darum, zur Vereinfachung in der öffentlichen Verwaltung eine übersichtliche Zusammenfassung des Reichsrechtes zu schaffen. Damit alle Gesetze in ihrer neuesten Fassung unter Berücksichtigung der veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse und anderer allgemein getroffener Bestimmungen und in gewissem Umfang auch zusammengehörige Einzelvorschriften redaktionell zusammengestellt werden können, bedarf die Zusammenstellung der Gesetzeskraft.

Die Autostrasse Hamburg-Basel und ihr italienisches Vorbild

Von Oberregierungsrat Dr. A. Bierau, Karlsruhe,
 II. Vorsitzender des Vorstands der „Asstraba“.

I.
 Die Frage, ob es verkehrspolitisch und wirtschaftlich vertretbar ist, in Deutschland dem Gedanken der Erbauung von Autostrassen, d. h. von durchgehenden Straßen, die dem Automobilverkehr ausschließlich vorbehalten sind und deren Linienführung und Ausstattung den besonderen Bedürfnissen dieses Verkehrs Rechnung tragen muß, näher zu treten, ist in letzter Zeit im Anschluß an die Gründung des Vereins „Asstraba“ mehrfach Gegenstand der Erörterung in Tageszeitungen und Fachzeitschriften gewesen. Diesem im November d. J. in Frankfurt a. M. errichteten Verein, der hinter seinem rätselhaften Namen die Anfangsbuchstaben der Städte Hamburg, Frankfurt und Basel verbirgt, gehören als Mitglieder außer den Ländern Baden und Hessen und den in Frage kommenden preussischen und hessischen Provinzialverwaltungen eine große Anzahl von Städten, Handelskammern, Verkehrsverbänden und Privatinteressenten an. Er hat sich sachgemäß die Aufgabe gestellt, im Rahmen einer Vorbereitungsgesellschaft alle Arbeiten zu leisten, welche in technischer, wirtschaftlicher, finanzieller, verkehrspolitischer und propagandistischer Hinsicht zur Prüfung der Durchführbarkeit und zur Vorbereitung der Ausführung der Autostrasse Hamburg-Frankfurt-Basel geeignet und erforderlich sind.

Gebacht ist an den Bau einer durchgehenden Straße für den Automobilverkehr, die von den Hansestädten ausgehend auf der Linie Hannover-Kassel-Frankfurt a. M.-Karlsruhe nach Basel und von hier aus durch die Schweiz über den Gotthard nach Mailand geführt werden soll, um dort den Anschluß an das italienische Autostrassennetz zu finden. Die Straße soll letzten Endes eine Verbindung zwischen der Nordsee und dem Mitteländischen Meere herstellen. Bei der Auswahl ihrer Trasse muß darauf bedacht genommen werden, daß die kürzeste, möglichst gradlinig verlaufende Verbindungsstrecke gewählt wird, und daß die im Bereich der Autostrasse befindlichen Verkehrs- und Wirtschaftszentren durch geeignete Zubringerstraßen mit ihr in Verbindung gebracht werden können. Die Straße selbst erfordert alle Einrichtungen, die nötig sind, um die größtmögliche Sicherheit für den Automobilverkehr zu gewährleisten und jede Verunreinigung der Straße für andere Verkehrszwecke auszuschließen. Sie darf nicht durch die geschlossenen Wohngebiete der Ortschaften und Städte geführt werden und muß alle Weg- und Bahnübergänge auf gleichem Niveau vermeiden. Es werden daher in größerem Umfang Über- bzw. Unterführungen, Überbrückungen und dergleichen Kunstbauten auszuführen sein. Soweit Kurven unvermeidbar sind, muß ein möglichst großer Kurvenradius gewählt werden. Für die Straßendeckung kann natürlich nur ein System in Frage kommen, das den besonderen Erfordernissen des Kraftfahrzeugs Rechnung trägt. Am übrigen müßte, wie bei einer Bahnlinie, mit der die Autostrasse in mehrfacher Hinsicht vergleichbar ist, der Verkehr auf der Straße durch eine Betriebsordnung geregelt werden.

Eine nach diesen Gesichtspunkten angelegte Straße wird für den Automobilverkehr derartige Vorteile (raschere Fahrmöglichkeit, Verminderung der Gefahren, Ersparnis durch Verringerung des Wenzin- und Ölverbrauches, geringere Abnutzung der Reifen, Erhöhung der Lebensdauer der Kraftfahrzeuge) bringen, daß die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Straße durchaus gerechtfertigt erscheint.

In Deutschland besteht bis jetzt keine derartige durchgehende Autostrasse. Die nur 7 Kilometer lange sog. Ausbahn, die Berlin mit Potsdam verbindet, kann aus verschiedenen Gründen nicht als Muster gelten. Dagegen ist in der oberitalienischen Tiefebene im Gebiet von Mailand und der oberitalienischen Seen bereits ein Netz von Autostrassen vorhanden, dessen allmähliche Ausdehnung über das übrige italienische Staatsgebiet, insbesondere auch nach Genua geplant ist. Bereits ausgeführt und im Betrieb sind die Autostrassenstrecken, die Mailand mit Como, Varese und Sesto Calende, d. h. mit den oberitalienischen Seen (Comersee, Varesesee und Lago Maggiore) verbinden. Die Gesamtlänge dieser Strecken beträgt rund 85 Kilometer. Im Bau befindet sich die Autostrassenstrecke Mailand-Bergamo, die besonders charakteristisch ist durch die Überbrückung tiefer und romantischer Flußtäler, zu deren Überwindung großzügig angelegte und technisch sehr interessante Kunstbauten erforderlich geworden sind. Die Fortsetzung dieser Straße über Brescia nach Venedig und damit die Vervollständigung der großen west-östlichen oberitalienischen Verbindungsstraße für den Autoverkehr ist geplant.

Der Schöpfer des italienischen Autostrassenprojekts ist der in Mailand wohnhafte Ingenieur Puricelli, dessen Weitblick und Initiative es in erster Linie zu verdanken ist, daß der Plan der Erbauung eigener Fernautostrassen trotz großer entgegenstehender Schwierigkeiten in Italien erstmals zur Wirklichkeit geworden ist. Die Erfahrungen, die in Italien mit dem Bau solcher Straßen gemacht worden sind, sind natürlich für das deutsche Projekt besonders wertvoll, zumal die italienischen Straßen, wie bereits erwähnt, das einzige vorhandene Vorbild darstellen. Es ist daher sehr erfreulich, daß Herr Puricelli sich bereit erklärt hat, seine wertvollen Erfahrungen auf dem Gebiet des Autostrassenbaues sowie sein umfangreiches Projektmaterial in uneingeschränkter Weise für die Bearbeitung des deutschen Projekts zur Verfügung zu stellen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß das italienische Vorbild in allen Einzelheiten für unsere teilweise abweichenden deutschen Verhältnisse maßgebend sein kann, es wird jedoch wertvolle Anhaltspunkte für die Ausgestaltung des deutschen Projekts namentlich in technischer Hinsicht bieten können. Der im italienischen Autostrassenprojekt verarbeitete Grundgedanke Puricellis muß auch für den Bau und Betrieb einer etwaigen deutschen Autostrasse maßgebend sein.

Beamtenfragen im Reichshaushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss des Reichstages legte am Mittwoch die Beratung des Etats für 1927 fort mit den „Schlüsselungsgrundrissen“ des Haushaltsgesetzes.

Abg. Schmidt-Stettin (D.) vertritt eine Parität zwischen den Ministerien und den Beamten der Provinz. Er ersucht die Schlüsselungsgrundriss für die neue Besoldungsregelung bestehen zu lassen. Ministerialdirektor Letholz erklärt es für unrichtig, daß die Ministerien diese Grundriss benutzen „für sich zu sorgen“. Es könne auch keine Rede davon sein, daß die Provinz irgendwie vernachlässigt werde. Die Schlüsselungsgrundriss müßten als sichere Grundlage für die neue Besoldungsregelung bestehen bleiben.

Abg. Schuldt (D.) widerspricht dem Abg. Schmidt-Stettin und fragt, wie das Aufsichtsprinzip von der Regierung gehandhabt werde.

Abg. Hoch (Soz.) stellt als Grundsatz auf: 1. Bezahlung nach Leistungen und 2. Gewisse Aufstiegsmöglichkeiten.

Abg. Erking (Ztr.) kommt auf die Entziehung der „Schlüsselungsgrundriss“ zurück und meint, es sei aus den damaligen Beschlüssen in der Provinz etwas anderes geworden. Jüngere empföhe er, die Schlüsselungsgrundriss anzunehmen. Anders ließe es sich bis zur 3. Lesung immer noch.

Abg. Dr. Gremer (Dnl.) widerspricht dem Abg. Hoch. Der Grundsatz der „Leistung“ lasse sich auf die Beamtenbesoldung nicht anwenden.

Ministerialdirektor Letholz erwidert: Es ist ausgeschlossen, daß wir etwa im Verwaltungswege den Stellenplan umgestalten. Die Schlüsselungsgrundriss müssen bestehen bleiben, bis die neue Besoldungsordnung fundamenter ist. — Angenommen werden die Schlüsselungsgrundriss.

Angenommen wird ferner eine sozialdemokratische Entschlüsselung, die möglichst rasche Vorlegung der Denkschrift über die Erziehung des Schlüsselungssystems durch ein gerechtes Beförderungssystem verlangt und eine deutliche Entschlüsselung, die u. a. statistisches Material aus den Ländern und Gemeinden über Personalausgaben und Personalausgaben und Verhinderung der Einstellung neuer außerplanmäßiger Beamten bei künftig wegfällenden Behörden fordert. Auf sozialdemokratischen Antrag wird ein neuer Katalog in das Haushaltsgesetz aufgenommen, der verlangt, daß die zweiten freigewordenen und besetzten Stellen der Besoldungsgruppen 1—12 mit Wartlandsbeamten besetzt werden. Von § 6 bleibt nur die Bestimmung bestehen, daß bei den Reichsministerien (mit Ausnahme der Wehrmacht) die freigewordenen planmäßigen Beamtenstellen in Gruppe 11 und 8 nicht wiederbesetzt werden dürfen. — Angenommen wird auch § 7 des Haushaltsgesetzes, wonach es zur Einstellung von Beamten und Beamtenanwärtern in den Reichsdienst der vorherigen Zustimmung des Reichsministers der Finanzen bedarf. Bei Einstellungen sind in erster Reihe Verordnungsamter, Schwerbeschädigte sowie nach Möglichkeit leistungsfähige entlassene oder in den einstweiligen Ruhestand versetzte, aber im Arbeitsverhältnis überführte Beamte heranzuziehen. Die erfolgten Einstellungen sind dem Haushaltsausschuss des Reichstages unverzüglich mitzuteilen. Es folgt die Beratung des Etats für Versorgungs- und Ruhegehälter.

Abg. Rohmann (Soz.) beantragt, die Abstimmung zurückzustellen; es sei seit langem eine Aufbesserung der Versorgungsansprüche der Kriegsbekämpften beabsichtigt, wozu nur eine verantwortliche Regierung Stellung nehmen könne. — Der Ausschuss beschloß mit 12 gegen 11 Stimmen, die Beratung sofort vorzunehmen.

Abg. Borster (Komm.) beantragt, die Beträge für die Pensionen von 104 Reichsministern und Staatssekretären zu streichen. — Abg. Dr. Fried (Ztr.) polemisiert scharf gegen die Pensionierung parlamentarischer Minister und bezeichnet die Zahlungen als eine Korruptionsercheinung.

Abg. Rohmann (Soz.) weist darauf hin, daß die überwiegende Hauptlast der Pensionäre aus der Zeit der Monarchie besteht. Die Sozialdemokratische Partei beabsichtigt, im Plenum einen Initiativgesetzentwurf zur Neuordnung des Pensionengesetzes einzubringen. Abg. Müller-Franke (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß die sozialistische Fraktion im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung den Standpunkt vertreten habe, daß parlamentarische Minister keine Pension bekommen sollen. — Abg. Erking (Ztr.) erklärt dazu, daß auch das Zentrum Pensionen für parlamentarische Minister nicht für opportun halte. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung waren es aber die rechtsstehenden Parteien, welche die alte Pensionierung der Kaiserzeit auch für die Republik gelten lassen wollten. — Abg. Brüninghaus (Dnl.) wies darauf hin, daß die sogenannte Belastung des kaiserlichen Deutschlands in der Pensionenliste des Reichsfinanzministeriums sich daraus erkläre, daß das kaiserliche Deutschland 48 Jahre bestanden habe, die deutsche Republik aber bisher erst 8 Jahre. Ebenfalls sei es doch unbestreitbar, daß die Verhältnisse im kaiserlichen Deutschland stabiler gewesen seien und weniger Pensionen erforderlich als das republikanische Deutschland.

Abg. Lawerrenz (Dnl.) hielt die Zahl der General- und Admiral-Pensionäre für nicht so hoch, wenn man berücksichtige, daß die deutsche Armee plötzlich von 800 000 auf 100 000 herabgedrückt worden sei.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der Minister- und Staatssekretärenpensionen wurden abgelehnt. Die Entschlüsselung für Ruhegehälter und Wartegelder wurde vom Ausschuss genehmigt, desgleichen die Entschlüsselung über Versorgungsansprüche für frühere Angehörige der Wehrmacht und deren Hinterbliebenen. — Angenommen wurde eine Entschlüsselung der Abg. v. Guersd (Ztr.) und Schlad (Ztr.), die Reichsregierung zu ersuchen, an eine baldige Nachprüfung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Ruhegehälter zu gehen. Insbesondere sei die Einführung einer Höchstpension und die Ersetzung der Nebenbezüge, wenigstens bei Empfängern hoher Pensionen anzutreten.

Damit war der Etat für Versorgungs- und Ruhegehälter verabschiedet und der Ausschuss verlegte sich auf Donnerstags.

Die Pariser Verhandlungen über die Rechtspunkte General Pawlowsz und Geheimrat Forster verhandelt am Mittwoch erneut mit dem Generalsekretär der Volkshochkonferenz. Das „Recht Pariser“ berichtet, daß der Meinungsaustrausch seit Mittwoch viel präziser werde und einen gewissen Fortschritt gegenüber den früheren Unterredungen bedeute.

Keine Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums. In einigen Berliner Zeitungen wurde gemeldet, daß das deutsch-französische Handelsprovisorium vom 5. August vor. J. verlängert worden sei. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß diese Meldung nicht zutrifft.

Der Mainzer Zwischenfall. Auf die Beschwerde der Stadtverwaltung Mainz hin über den neuesten Angriff der zwei französischen Soldaten auf harmlose deutsche Straßenpassanten in der Nacht zum Sonntag hat das französische Generalkommando mitgeteilt, daß die beiden Attentäter festgenommen worden sind und vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Politische Neuigkeiten

Nordshleswig und die dänische Wirtschaftskrise

Der deutsche Abgeordnete für Nordshleswig, Schmidt-Wadde, betonte im dänischen Folkething, daß eine wirkliche Lösung der dänischen Wirtschaftskrise nur bei guten wirtschaftlichen Beziehungen mit dem wichtigsten Nachbarn Dänemark, nämlich Deutschland, möglich sei. Er kritisierte, daß man in Dänemark heute geneigt sei, nur Notgedrungen und nicht aus reiner Initiative heraus an Deutschland heranzutreten. Wenn man sich wirklich in wirtschaftlicher Beziehung mit Deutschland verständigen wolle, so müsse man an wirtschaftliche Verhandlungen herangehen und mehr als jemals auf eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit bedacht sein. Der Redner führte weiter aus: Die nordshleswigsche Krise hängt eng zusammen mit der Zerschneidung der Verbindung mit Deutschland, mit dem Verlust des Marktkapitals und mit der ungenügenden Valutaregulierung, aber auch mit dem Leidschiff, den Dänemark als Gewinner auf wirtschaftlichem Gebiete gezeigt habe. Die Nordshleswiger hätten aus dieser Erfahrung heraus den dringenden Anlaß, den wirtschaftlichen Anstoß an Deutschland zu fordern.

Tumultszug in der Hamburger Bürgerwehr. In der Hamburger Bürgerwehrsitzung kam es am Mittwoch zu Tumultszug, nachdem die Mehrheit die Besprechung einer kommunistischen Anfrage wegen der Begnadigung rechtsradikaler Sprengstoffattentäter abgelehnt hatte. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Die kommunistischen Abgeordneten Levi und Gundlach wurden, da sie trotz mehrfacher Ordnungsrufe ihre Beschimpfungen nicht einstellten, aus dem Saale gewiesen.

Der Stahlhelmredakteur Heinz erneut verhaftet. Der frühere verantwortliche Schriftleiter der Bundeszeitung des Stahlhelmbundes, Heinz, der schon im August des letzten Jahres wegen des Verdachtes der Morbanstiftung bei einem gemeinsamen Aufbruch der Organisation Consul verhaftet worden war, ist einer Blättermeldung zufolge am Mittwoch in der gleichen Sache verhaftet und dem Gericht in Gießen zugeführt worden.

Das Expertenkomitee des Völkerbundes für Fragen der Doppelbesteuerung und Steuerflucht, das seit dem 5. Januar in Genf tagt, hat seine Arbeiten am Mittwoch abgeschlossen, nachdem es in erster Lesung die drei Vorentwürfe für Konventionen über die Doppelbesteuerung, die Steuerflucht und die Rechtshilfe zwischen Staaten zur Steuerbeitreibung durchberaten hatte.

Begnadigungen eines weiblichen Gouverneurs. Aus San Antonio (Texas) wird gemeldet: Am der Flut der Begnadigungen, welche der weibliche Gouverneur von Texas, Miff Ferguson, erlassen hat, zu steuern, hat man sich entschlossen, bis am nächsten Mittwoch alle Kriminalprozesse zu vertragen, da an diesem Tage die Amtszeit Miff Fergusons abläuft. Während ihrer zehnjährigen Amtsdauer hat sie 3177 Begnadigungen ausgesprochen, am Dienstag allein 32.

Verschiedenes

Aufhebung eines Kaufgiffschiedens

In Berlin wurden große Kaufgiffschiedungen aufgedeckt. Zwei bereits verhaftete russische Kaufleute bezogen die Güfte von einem russischen Arzte, der in Berlin namentlich als Exporteur für Kokain und andere Kaufgiffe auftrat. Dieser besorgte sich ordnungsmäßige Ausfuhrercheinigungen, auf die ihm die Drogen in Kisten von 50—60 kg unter anderem zur Ausfuhr nach Rumänien geliefert wurden. Mit Hilfe einer russischen Expedition einer großen Expeditionsfirma wurden die von der Zollbehörde bereits kontrollierten Kisten ohne Verletzung des Zollgesetzes geöffnet, das Kokain herausgenommen und durch Wagnest und Schlemmtreibe von gleichem Gewicht ersetzt. So wurden die Kisten nach Rumänien geschickt, ohne daß eine Beschwerte wegen des gefälschten Inhalts einliefe. Im Großhandel wurden die Güfte falsch deklariert oder mit chemischen Reagenzien so bearbeitet, daß sie nicht wieder zu erkennen waren. Sie gingen dann als schwarzer Lad, Stiefelwachs und Haiercreme in die Welt. In China und Japan verdient die Händler am Kilogramm Kokain 1600—2000 M. Die Großorganisation bestand schon mindestens drei Jahre. Zu den Verhafteten gehört auch ein Chemiker, der früher Professor einer pharmazeutischen Fakultät war. Kurz vor ihrer Verhaftung hatten die beiden Hauptthäter noch aus Amerika einen Auftrag über Lieferung von 120 kg Kokain erhalten.

Vertagung der Donaueschinger Kammermusikaufführungen nach Homburg.

Donaueschinger, das im vergangenen Jahre die 6. Kammermusikaufführung zur Förderung zeitgenössischer Kunst veranstaltete, die seinen Ruf in der internationalen Musikwelt begründet haben, sieht sich vor die kaum mehr abzuändernde Tatsache gestellt, daß künftig diese Kammermusikaufführungen nicht mehr in Donaueschinger stattfinden können. Es hat sich in Frankfurt a. M. unter Führung der Stadtverwaltung und der dortigen Musikvereine eine Organisation gebildet, welche die Pflege der Donaueschinger Idee und ihre Fortführung übernehmen wird. Geplant ist, die Kammermusikaufführungen, die künftig in der Hauptsache der Pflege der Kammeroper gelten werden, in Bad Homburg v. d. G., dessen Kuranlagen von der Stadt Frankfurt angekauft worden sind, zu veranlassen. Der Protektor der bisherigen Kammermusikaufführungen, der Fürst zu Fürstentum, bleibt wie auch die Gesellschaft der Musikfreunde, welche die Idee in Donaueschinger aufgegriffen und gepflegt hat, weiter an den Aufführungen in Bad Homburg beteiligt. Der Mitorganisator der Donaueschinger Aufführungen, Musikdirektor Heinrich Burckard, wird von der Stadt Frankfurt a. M. übernommen. Er siedelt nach Frankfurt über.

Staatlicher Ehrensold für Künstler und Dichter. Um bildende Künstler, Dichter und Musiker von allgemein anerkannter Bedeutung, die sich bei vorgeordnetem Lebensalter in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, vor äußerster Not zu schützen und ihnen damit ein Zeiden des Dankes und der Anerkennung des Staates zu geben, hat der preussische Kultusminister mit Unterstützung der Finanzverwaltung den „Staatlichen Ehrensold“ geschaffen. Der Ehrensold wird zunächst jährlich 2000 Mark für die Person betragen und auf Grund von Vorschlägen der preussischen Akademie der Künste vom Kultusminister an eine beschränkte Zahl hervorragender bildender Künstler, Dichter und Musiker verliehen werden.

Stouten Stewards Chamberlains Bezeichnung. Houston Stewart Chamberlain wurde am Mittwoch in Koburg beigesetzt. Dem Trauerort im Krematorium wohnten u. a. bei Mitglieder des Hauses Wagner, Prinz August Wilhelm v. Hohenzollern als Vertreter des früheren Kaisers, Vertreter der Stadt Bayreuth und der Stadt Koburg und Abordnungen der Reichsparteien. Kaiser Friedrichs-Koburg sprach über den Verstorbenen als Schriftsteller, als Dichter und Christ.

In diesem Zusammenhang betrachtet wird es Interesse erwecken, einige Aufklärungen über das Wesen der italienischen Autostraßen zu erhalten. Soweit diese Straßen bereits ausgebaut sind, entsprechen sie durchaus den vorangestellten Erfordernissen einer Fernautostraße. Die Straßen sind vorwiegend gradlinig gebaut, sie enthalten gerade Strecken bis zu 18 Kilometer und weisen keinerlei Niveauübergänge auf. Die Straßenbreite beträgt 11 und 14 Meter, wovon auf die eigentliche Fahrbahn 8 und 10 Meter entfallen. Längs der mit trockener gleichförmiger Straßendeckung versehenen Fahrbahn, die weder Staub- noch Schlammabfuhr aufkommen läßt, sind beiderseits Parallele von je 1½ bis 2 Meter Breite angebracht. Die Straßendeckung wurde aus Beton im Mischungsverhältnis 0,75 Zentimeter Steinschlag, 0,50 Kubikmeter Sand und 350 Kilogramm Zement hergestellt. Nachträglich erhielt die Straßendecke zum Schutz der Oberfläche sowie zur Verhütung des Abnehmens des weichen Steinschlagsmaterials noch einen dünnen Überzug aus Bitumenemulsion und kleinen Steinchen. Die Arbeiten wurden im Jahre 1923 begonnen und im Jahre 1924 (Strecke Mailand—Varese) bzw. 1925 (Abschnitte Lainate—Como und Gallarate—Sesto Calende) fertiggestellt. Soweit Kurven unvermeidlich waren, haben sie einen Radius von mindestens 500 Meter und sind an den Außenseiten überhöht. Es wurden zur Herstellung der 750 000 Quadratmeter umfassenden Gesamtoberfläche täglich gegen 4000 Arbeiter beschäftigt bei ausgiebiger Verwendung von Maschinen zur Aufbringung der Straßendecke.

Der Anlegung der Straße ist ein umfangreiches Enteignungsverfahren vorausgegangen, dessen Durchführung längere Zeit in Anspruch nahm. Es mußten für den Bau der insgesamt 85 Kilometer langen Autostraße nicht weniger als 3000 Einzelbesitzer mit einer Gesamtfläche von 2 800 000 Quadratmeter enteignet werden, wobei sich die Gesamtenteignungssumme auf etwa 6 Millionen Lire belief. Die Projektierung und Ausführung der oberitalienischen Autostraßen hat besondere Schwierigkeiten verursacht, weil die Straßen in verkehrsreichem Gelände und dichtbesiedelter Gegend liegen und ein enges Netz vorhandener Wege und Straßen, Eisenbahnlinien und Flußläufe darat überquert werden mußte, durch Niveauerhöhungen mit der Straße vermieiden wurden. Zu diesem Zwecke mußte eine große Zahl von Bauwerken (Unter- und Überführungen und Brücken) im Typensystem ausgeführt werden, die natürlich von wesentlichem Einfluß auf die Höhe des Bauaufwandes gewesen sind. Im ganzen enthält die oben erwähnte 85 Kilometer lange Strecke 219 derartige Bauwerke aus Eisenbeton. Die gesamten Baukosten beliefen sich auf etwa 85 Millionen Lire, d. h. auf etwa 1 Million Lire oder nach deutschem Geld rund 200 000 M. für den Kilometer. Der Herstellung der Begleit- und Unterführungen erforderte eine umfangreiche Zusammenfassung der vorhandenen Begleitverbindungen, um den regelmäßigen Durchgangsverkehr auf den Querstraßen nicht zu unterbinden, sowie die Ausführung von 100 Kilometer neue Straßen zur Aufrechterhaltung des übrigen Verkehrs. Bei der Einmündung der Autostraßen, die den Autoverkehr aus den benachbarten Ortschaften mit der Autostraße in Verbindung zu bringen haben, sind längs der Autostraße gefällige und bequem eingerichtete Wärdhäuser für das Straßenaufsichtspersonal erstellt, das den Wäch- und Ordnungsdienst für den Fahrverkehr, den Fahrkartenverkauf, den Kontroll-, Signal- und Telefondienst sowie den Verkauf von Betriebsstoffen, Reifen und Ersatzteilen zu besorgen hat. Den Wächern sind Hilfsarbeiter beigegeben, die die Straße mit Krafttrabern regelmäßig abzufahren haben.

Der Verkehr auf der Straße ist durch eine Betriebsordnung polizeilichen Charakters geregelt. Insbesondere besteht die Vorschrift, daß die Benutzung der Straße, die von 6 Uhr früh bis 1 Uhr nachts geöffnet ist, nur Automobilsfahrzeugen mit wenigstens drei mit Gummibereifung versehenen Rädern gestattet ist, gewöhnliche Motorzweiräder also ausgeschlossen sind. Beim Fahren ist die rechte Seite einzuhalten, und jedes Anhalten des Fahrzeugs auf der Straße ist grundsätzlich untersagt. Zur Erhöhung der Fahrtsicherheit, insbesondere bei unsichtigem Wetter (Nebel), ist die eigentliche Fahrbahn, die 8 und 10 Meter breit ist, beiderseits durch niedrige Fixpunkte an den Straßenrändern (weiße Zementblöcke von geringer Größe) eingefaßt, die dem Auge des Führers das Bild einer ununterbrochen leuchtenden Linie bieten und so angebracht sind, daß sie auch bei zufälligen Anzernen des Autos nicht gefährlich werden können. Zudem ist die Mitte der Fahrbahn durch einen weißen Längsstrich gekennzeichnet. Die seitliche Abgrenzung der Straße wird durch Pflanzungen gebildet und ist so gehalten, daß der Blick auf die Umgebung und der Genuß ihrer landschaftlichen Schönheiten in keiner Weise beeinträchtigt wird. In der Nähe der Wärdhäuser sind Obstbäume gepflanzt, im übrigen sind die Straßenränder durch Maulbeerbäume eingefaßt, die sich dem durch die ausgegebenen charakteristischen Landschaftsbild anpassen. Abgesehen von den Einmündungsstellen der Zubringerstraßen und Wärdhäusern besitzt die Straße bis jetzt noch keine besondere Beleuchtung, jedoch ist das Stadium über die Beleuchtungsfrage noch nicht abgeschlossen.

Für die Benutzung der Autostraße werden Gebühren nach einem festgesetzten Tarif erhoben, die sich für eine einfache Fahrt auf einer Gesamtstrecke auf 10—15 Lire, für Hin- und Rückfahrt auf einer Gesamtstrecke auf 15—12,50 Lire, für Teilstrecken auf 6—8 bzw. bei Hin- und Rückfahrt auf 10—12 Lire belaufen. Daneben werden Fahrkartenhefte für 50, 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1500, 2000, 2500, 3000, 3500, 4000, 4500, 5000, 5500, 6000, 6500, 7000, 7500, 8000, 8500, 9000, 9500, 10000, 10500, 11000, 11500, 12000, 12500, 13000, 13500, 14000, 14500, 15000, 15500, 16000, 16500, 17000, 17500, 18000, 18500, 19000, 19500, 20000, 20500, 21000, 21500, 22000, 22500, 23000, 23500, 24000, 24500, 25000, 25500, 26000, 26500, 27000, 27500, 28000, 28500, 29000, 29500, 30000, 30500, 31000, 31500, 32000, 32500, 33000, 33500, 34000, 34500, 35000, 35500, 36000, 36500, 37000, 37500, 38000, 38500, 39000, 39500, 40000, 40500, 41000, 41500, 42000, 42500, 43000, 43500, 44000, 44500, 45000, 45500, 46000, 46500, 47000, 47500, 48000, 48500, 49000, 49500, 50000, 50500, 51000, 51500, 52000, 52500, 53000, 53500, 54000, 54500, 55000, 55500, 56000, 56500, 57000, 57500, 58000, 58500, 59000, 59500, 60000, 60500, 61000, 61500, 62000, 62500, 63000, 63500, 64000, 64500, 65000, 65500, 66000, 66500, 67000, 67500, 68000, 68500, 69000, 69500, 70000, 70500, 71000, 71500, 72000, 72500, 73000, 73500, 74000, 74500, 75000, 75500, 76000, 76500, 77000, 77500, 78000, 78500, 79000, 79500, 80000, 80500, 81000, 81500, 82000, 82500, 83000, 83500, 84000, 84500, 85000, 85500, 86000, 86500, 87000, 87500, 88000, 88500, 89000, 89500, 90000, 90500, 91000, 91500, 92000, 92500, 93000, 93500, 94000, 94500, 95000, 95500, 96000, 96500, 97000, 97500, 98000, 98500, 99000, 99500, 100000, 100500, 101000, 101500, 102000, 102500, 103000, 103500, 104000, 104500, 105000, 105500, 106000, 106500, 107000, 107500, 108000, 108500, 109000, 109500, 110000, 110500, 111000, 111500, 112000, 112500, 113000, 113500, 114000, 114500, 115000, 115500, 116000, 116500, 117000, 117500, 118000, 118500, 119000, 119500, 120000, 120500, 121000, 121500, 122000, 122500, 123000, 123500, 124000, 124500, 125000, 125500, 126000, 126500, 127000, 127500, 128000, 128500, 129000, 129500, 130000, 130500, 131000, 131500, 132000, 132500, 133000, 133500, 134000, 134500, 135000, 135500, 136000, 136500, 137000, 137500, 138000, 138500, 139000, 139500, 140000, 140500, 141000, 141500, 142000, 142500, 143000, 143500, 144000, 144500, 145000, 145500, 146000, 146500, 147000, 147500, 148000, 148500, 149000, 149500, 150000, 150500, 151000, 151500, 152000, 152500, 153000, 153500, 154000, 154500, 155000, 155500, 156000, 156500, 157000, 157500, 158000, 158500, 159000, 159500, 160000, 160500, 161000, 161500, 162000, 162500, 163000, 163500, 164000, 164500, 165000, 165500, 166000, 166500, 167000, 167500, 168000, 168500, 169000, 169500, 170000, 170500, 171000, 171500, 172000, 172500, 173000, 173500, 174000, 174500, 175000, 175500, 176000, 176500, 177000, 177500, 178000, 178500, 179000, 179500, 180000, 180500, 181000, 181500, 182000, 182500, 183000, 183500, 184000, 184500, 185000, 185500, 186000, 186500, 187000, 187500, 188000, 188500, 189000, 189500, 190000, 190500, 191000, 191500, 192000, 192500, 193000, 193500, 194000, 194500, 195000, 195500, 196000, 196500, 197000, 197500, 198000, 198500, 199000, 199500, 200000, 200500, 201000, 201500, 202000, 202500, 203000, 203500, 204000, 204500, 205000, 205500, 206000, 206500, 207000, 207500, 208000, 208500, 209000, 209500, 210000, 210500, 211000, 211500, 212000, 212500, 213000, 213500, 214000, 214500, 215000, 215500, 216000, 216500, 217000, 217500, 218000, 218500, 219000, 219500, 220000, 220500, 221000, 221500, 222000, 222500, 223000, 223500, 224000, 224500, 225000, 225500, 226000, 226500, 227000, 227500, 228000, 228500, 229000, 229500, 230000, 230500, 231000, 231500, 232000, 232500, 233000, 233500, 234000, 234500, 235000, 235500, 236000, 236500, 237000, 237500, 238000, 238500, 239000, 239500, 240000, 240500, 241000, 241500, 242000, 242500, 243000, 243500, 244000, 244500, 245000, 245500, 246000, 246500, 247000, 247500, 248000, 248500, 249000, 249500, 250000, 250500, 251000, 251500, 252000, 252500, 253000, 253500, 254000, 254500, 255000, 255500, 256000, 256500, 257000, 257500, 258000, 258500, 259000, 259500, 260000, 260500, 261000, 261500, 262000, 262500, 263000, 263500, 264000, 264500, 265000, 265500, 266000, 266500, 267000, 267500, 268000, 268500, 269000, 269500, 270000, 270500, 271000, 271500, 272000, 272500, 273000, 273500, 274000, 274500, 275000, 275500, 276000, 276500, 277000, 277500, 278000, 278500, 279000, 279500, 280000, 280500, 281000, 281500, 282000, 282500, 283000, 283500, 284000, 284500, 285000, 285500, 286000, 286500, 287000, 287500, 288000, 288500, 289000, 289500, 290000, 290500, 291000, 291500, 292000, 292500, 293000, 293500, 294000, 294500, 295000, 295500, 296000, 296500, 297000, 297500, 298000, 298500, 299000, 299500, 300000, 300500, 301000, 301500, 302000, 302500, 303000, 303500, 304000, 304500, 305000, 305500, 306000, 306500, 307000, 307500, 308000, 308500, 309000, 309500, 310000, 310500, 311000, 311500, 312000, 312500, 313000, 313500, 314000, 314500, 315000, 315500, 316000, 316500, 317000, 317500, 318000, 318500, 319000, 319500, 320000, 320500, 321000, 321500, 322000, 322500, 323000, 323500, 324000, 324500, 325000, 325500, 326000, 326500, 327000, 327500, 328000, 328500, 329000, 329500, 330000, 330500, 331000, 331500, 332000, 332500, 333000, 333500, 334000, 334500, 335000, 335500, 336000, 336500, 337000, 337500, 338000, 338500, 339000, 339500, 340000, 340500, 341000, 341500, 342000, 342500, 343000, 343500, 344000, 344500, 345000, 345500, 346000, 346500, 347000, 347500, 348000, 348500, 349000, 349500, 350000, 350500, 351000, 351500, 352000, 352500, 353000, 353500, 354000, 354500, 355000, 355500, 356000, 356500, 357000, 357500, 358000, 358500, 359000, 359500, 360000, 360500, 361000, 361500, 362000, 362500, 363000, 363500, 364000, 364500, 365000, 365500, 366000, 366500, 367000, 367500, 368000, 368500, 369000, 369500, 370000, 370500, 371000, 371500, 372000, 372500, 373000, 373500, 374000, 374500, 375000, 375500, 376000, 376500, 377000, 377500, 378000, 378500, 379000, 379500, 380000, 380500, 381000, 381500, 382000, 382500, 383000, 383500, 384000, 384500, 385000, 385500, 386000, 386500, 387000, 387500, 388000, 388500, 389000, 389500, 390000, 390500, 391000, 391500, 392000, 392500, 393000, 393500, 394000, 394500, 395000, 395500, 396000, 396500, 397000, 397500, 398000, 398500, 399000, 399500, 400000, 400500, 401000, 401500, 402000, 402500, 403000, 403500, 404000, 404500, 405000, 405500, 406000, 406500, 407000, 407500, 408000, 408500, 409000, 409500, 410000, 410500, 411000, 411500, 412000, 412500, 413000, 413500, 414000, 414500, 415000, 415500, 416000, 416500, 417000, 417500, 418000, 418500, 419000, 419500, 420000, 420500, 421000, 421500, 422000, 422500, 423000, 423500, 424000, 424500, 425000, 425500, 426000, 426500, 427000, 427500, 428000, 4

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die erste Plenarsitzung im neuen Jahr

findet am nächsten Dienstag, 18. d. M., nachmittags 1/4 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt:

- I. Mitteilung der Eingänge.
- II. Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über das Gesuch der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene um Bildung eines besonderen Ausschusses für Gesundheitspolitik, Berichterstatter Abg. Dees.
- III. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über
 - a) die Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 11. Dezember 1928, Sicherung der Bauverordnungen, Berichterstatter Abg. Dr. Wolfhard;
 - b) die Anträge der Abgeordneten
 1. Ritter u. Gen., Erhöhung der Grundrentenbeträge der Sozial-, Kriegs- und Kleinrentner (Druck. Nr. 3), Berichterstatter Abg. Eichenlaub;
 2. Reichleiter u. Gen., Wahlrecht in den abgeordneten Gemarkungen (Druck. Nr. 4), Berichterstatter Abg. Füh;
 - c) die Gesuche
 1. des Landesverbandes Baden des Deutschen Rentnerbundes, Rentnerversorgungsgesetz, Berichterstatter Abgeordneter Dees;
 2. des Landesverbandes Baden des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Berichterstatter Abg. Eichenlaub;
 3. der Vereinigung der Arbeitslosen und Witwen Badens, Erhöhung der Richtigkeits für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhalts der von der öffentlichen Fürsorge betrauten Hilfsbedürftigen, Berichterstatter Abg. Eichenlaub;
 4. des Evang. Frauenverbandes für innere Mission, Offenhaltung der Läden an Sonntagen, Berichterstatter Abg. Markloff;
 5. des Deutschen Konditorenbundes und des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, arbeitsrechtliche Bestimmungen für die Konditoreien, Berichterstatter Abg. Haas;
 6. des Deutschen Konditorenbundes, Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage bei Bemessung von Geldstrafen durch die Strafbehörden, Berichterstatter Abg. Haas.
- IV. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abgeordneten
 1. Bauer u. Gen., Fredericus-Marke (Druck. Nr. 22) und damit in Verbindung: Beratung des Antrags der Abg. D. Maier-Karlruhe u. Gen., Fredericus-Marke (Druck. Nr. 26);
 2. Reichleiter u. Gen., Beschlagnahme des Arbeiterkalenders für 1927 (Druck. Nr. 36);
 3. Dr. Schmittner u. Gen., Feststellung der Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetz (Druck. Nr. 27).
- V. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und Beratung über eine Anzahl Gesuche.

Der Ausschuss für Gesuche und Beschwerden

Beschäftigte sich am Mittwoch in längerer Aussprache mit einer Eingabe des emeritierten Universitätsprofessors, Geheimrat Dr. von Below-Freiburg, der sich über eine Zurücksetzung gegenüber den dienstjüngeren Kollegen beklagt, hinter deren Rücken seine Gehaltsbezüge seit dem Jahre 1923 zurückblieben. Er fordert vom Landtag eine Wiederumkehrung des Unrechts, das ihm i. H. als aktiver Professor widerfahren sei. — Unterrichtsminister Leers gab die Erklärung ab, daß er sich zwar in die Gedankengänge des früheren Ministers Dr. Hellpach nicht zu verhehlen vermöge. Politische Motive hätten aber bei dem seinerzeitigen Vorschlag nicht mitspielt. Es mag eine objektive Ungerechtigkeit vorliegen, die Herr von Below indessen mit allen Herren teile, die damals aus finanziellen Gründen zur Gehaltsaufbesserung nicht vorgeschlagen wurden. — Der Ausschuss trat schließlich dem Antrag des Berichterstatters Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) bei, die Regierung zu ersuchen, die Erteilung eines neuen Lehrauftrages mit einer entsprechenden Remuneration in Erwägung zu ziehen.

Antrag zur Verbesserung der Aufwertungsgeetze

Die Fraktion der Bürgerlichen Vereinigung im Badischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf die Vorlage eines Gesetzes hinzuwirken, durch das entweder an Stelle der bisherigen Auslösung von 12 1/2 Prozent mit 4 1/2 Prozent Zinslauf ab 1. Januar 1928 für ausgelagerte Stücke des Altbesitzes an Kriegsanleihe usw. ein anderes System derart tritt, daß unter grundsätzlicher Angleichung der Aufwertung der öffentlichen Anleihen an die Aufwertung der Hypotheken, unter Verzicht auf Auslösung der festgestellten Mittel mit dem 10fachen Betrage der Ablösungsanleihe, also mit 25 Prozent seines ursprünglichen Nennwertes, abgelöst und tausend jährlich mit mindestens 4 Prozent verzinst wird. — oder, wenn sich diese zukünftige Belastung als zu hoch erweisen sollte, die Auslösung mit dem 10fachen statt mit dem 5fachen Betrage vorgenommen wird.“

Zum Lohnkampf in der bad. Textilindustrie

13. März, 12. Jan. Eine gestern hier abgehaltene Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes beschäftigte sich nach einem Referat des Gewerkschaftssekretärs Kieselich mit der gegenwärtigen Situation des Lohnkampfes in der badischen Textilindustrie, wobei die ablehnende Haltung der Arbeitgeber scharf verurteilt wurde. Es wurde eine Entschleunigung angenommen, in der erklärt wird, daß es dem Textilunternehmen ein leichtes wäre, die Lohnsenkung von 15 Prozent zu tragen, ohne daß nur im geringsten der gegenwärtig sehr gute Geschäftsgang beeinträchtigt würde. Die Textilarbeiterschaft sei nicht mehr länger gewillt, unter diesen Lohnverhältnissen noch weiterzu- und zu vegetieren. Sollte das Unternehmen auf seinem ablehnenden Standpunkte verharren, so fordert die Versammlung die Verbandsleitung auf, die gesamte Textilarbeiterschaft Badens zu mobilisieren, um evtl. auf breiterer Grundlage in den Kampf einzutreten.

Der Gemeinderat hat nach Kenntnis davon, daß die Reichsollverwaltung hier 21 Wohnungen errichten will. Die Stadt wird weiter für 15 Wohnungen der Reichsollverwaltung und für 6 Wohnungen der Post pro Wohnung je 2000 Mark Zuschuß gewähren. Ferner wurde auf dringenden Wunsch der Hausbesitzer beschlossen, 12 weitere Wohnbauten für zwangsweise ausquartierte Arbeiter zu errichten, wofür ein Kostenaufwand von 28.000 M. erforderlich wird.

Von der Neujahrrede des badischen Staatspräsidenten

bringt u. a. ein schweizerisches Blatt, das „Margauer Tagbl.“, das führende Blatt des gleichnamigen Kantons, einen längeren Auszug und schreibt einleitend u. a.:

„Am die Jahreswende wetteifern auch die Staatsmänner mit guten Wünschen u. Hoffnungen für die kommenden zwölf Monate. Sie wollen gehört werden und geben deshalb ihren Kundgebungen einen hochhoffiziellen Charakter. Es wäre völlig falsch, zu meinen, die „Kleinen“ hätten nichts zu sagen. Wir denken dabei an die Regierenden der deutschen Länder, die nach wie vor einen bestimmenden Einfluß auf die Politik des Reiches ausüben vermögen. Da ist es besonders Baden, das vorbildlich wirkt und seinen Ruf als „Musterlande“ alle Ehre macht. Von hier aus klingen nachhaltig die Akkorde unerschütterlicher Treue zum Reichsgedanken und zur republikanischen Verfassung; von hier aus wird immer wieder die Notwendigkeit des Zusammenhalts des Reiches auf einer gesunden föderativen Grundlage unterstrichen. Im übrigen aber nehmen Badens Minister kein Blatt vor den Mund, wenn es gilt, Wahrheiten zu sagen, seien sie auch unangenehm oder bitter. Indem wir dies schreiben, befinden wir uns schon in der kritischen Würdigung der Neujahrrede des badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler, die er gelegentlich einer Morgenfeier im Landesparlament vor einem 1200 Köpfe zählenden Publikum gehalten hat, das in seiner Zusammenfassung ein getreues Spiegelbild des gesamten badischen Volkes hat. Dr. Köhler hat aber darüber hinaus zu allen deutschen Brüdern und Schwestern in und außerhalb der Reichsgrenzen gesprochen.“

Eisenbahnwünsche des Baulandes

Am 5. Januar fand — wie uns geschrieben wird — im Gasthaus zum Straußen in Hirslanden eine große Versammlung der an der projektierten Eisenbahnlinie Osterburken-Merchingen-Eisenbach-Rosenberg-Oberndorf-Kennstetten-Hirslanden-Badbad-Bad Mergentheim interessierten Gemeinden statt. Von den 13 vertretenen Gemeinden war meist der gesamte Gemeinderat anwesend; ebenso sehr zahlreich die Ortsbewohner. Landtagsabgeordneter Bürgermeister Herrle-Sachsenhuth war der Einladung gefolgt.

Altbürgermeister Staud eröffnete mit Begrüßungsworten die Versammlung, worauf Stadtschultheiß Klobbüler-Bad Mergentheim, der Vorsitz übertrug wurde. Herr Klobbüler widmete dem vorherbesenen Altbürgermeister Leuter, dem feierlichen Leiter der Eisenbahnbewegung einen warmen Nachruf. Er berichtete dann über den Gang der Verhandlungen, welche Jahrzehnte lang geführt wurden, bis das Projekt zustandekam. Landtagsabgeordneter Herrle verbreitete sich ausführlich über den Bau der verschiedenen Bahnen und über deren Finanzierung, und betonte, daß schon am 28. März 1919 vom damaligen Verkehrsminister Müldert, auf seine Anfrage im Landtag, zum Bahnbau Hofenberg oder Osterburken-Merchingen, erklärt wurde, daß die Vorarbeiten für diese Bahn vorerst zurückgestellt werden müßten, aber wieder aufgenommen würden, sobald die im Angriff befindlichen Pläne für die Ostbahnanlagen erledigt seien. Man hoffe im Frühsommer 1920 den Bahnbau in Angriff nehmen zu können. Gemeinderat Herrle aus Merchingen erläuterte dann die Gründe, welche die Gemeinde veranlaßten, schon 1908 ein Projekt Hofenberg-Merchingen ausarbeiten zu lassen, weil von bauländlicher Seite aus wegen des Anschlusses Osterburken Schwierigkeiten im Wege standen. Da der Umbau des Bahnhofs Osterburken projektiert ist, dürften die Schwierigkeiten behoben sein und der Anschluß dort erfolgen können. Die weiteren Redner behandelten die wirtschaftliche Notlage der Gegend infolge des Fehlens einer Bahn und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß doch endlich einmal den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen werde. Auch könnten durch den Bahnbau die Arbeitslosen beschäftigt werden. Man verkenne die Notwendigkeit der Bahnen im hohen Schwarzwaldbereich und der Bedeutung im Interesse des Verkehrs und Wintersports nicht, sei aber der Meinung, daß zur wirtschaftlichen Erleichterung einer Gegend das gleiche verlangt werden dürfe.

Es wurde eine Entschließung gefaßt, daß die Gemeinden der Zellreide Osterburken-Merchingen sofort an die Regierung herantreten, um zu bewirken, daß dieser Bahnbau baldmöglichst in Angriff genommen werde. Nur im Anschluß an den Verkehr könne eine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Baulandes herbeigeführt werden. Stadtschultheiß Klobbüler wurde erneut zum Vorsitzenden des Eisenbahnkomitees ernannt. Dieses Komitee hat die Aufgabe, die Weiterführung der Bahn Merchingen-Hirslanden-Bad Mergentheim im Sinne des Landtagsbeschlusses vom 31. März 1920 in die Wege zu leiten.

Die Unterzahlungen beim Finanzamt Baden-Baden vor Gericht

Im Juni v. J. führte ein fingierter Einbruch im Finanzamt Baden-Baden zur Entdeckung größerer Unregelmäßigkeiten, die sich drei Steuerbeamte hatten zuschulden kommen lassen. Die Unterzahlungen im Gesamtbetrag von rund 19.500 Mark kamen am Mittwoch zur Verhandlung vor dem Karlsruher Schöffengericht. Angeklagt waren der 42jährige Steuersekretär Armin Collum, gebürtig aus der Markdeburger Gegend, der um 10 Jahre jünger und gleichfalls im Veranlassungsbereich tätig gewesen Josef Sommer aus Deringen bei Freiburg, sowie der 35jährige Steuerbetriebsbeamte Wilhelm Droll aus Schwarzbach.

Sie zeigten sich von Anfang an, geständig. Collum, der in Gehaltsklasse VI monatlich 300 M. netto bezog, machte geltend, daß er besondere Aufwendungen für seine kranke und inzwischen verstorbene Frau und seine ebenso kranke beiden Kinder machen mußte. Er bestritt, ein üppiges Leben geführt zu haben. Sommer mußte sich die Unterzahlungen eines Teiles seines Gehalts von 180 M. für Unterhaltsansprüche gefallen lassen. Er klagte zudem über seine unglückliche Ehe. Collum hat 1924 mit den Verurteilungen angefangen. Verschiedene Leute hatten ihm Umsatzeinträge im Gesamtbetrag von 3500 M. zur Eingahlung übergeben. Collum bemerkte zwar die Zahlung im Sollbuch, behielt aber die Beträge für sich und stellte Quittungen mit falscher Unterschrift aus. Als zweiter im Bunde beteiligte sich später Sommer an den Unregelmäßigkeiten und schließlich gewannen beide den Droll für ihr verwerfliches Tun. Droll hat von Collum erhaltene Verpfändungsaufträge in einer Gesamthöhe von 7500 M. erledigt. Statt nun die eingezogenen Beträge jeweils an die Käufe abzuführen, ließ er sich von den beiden Mitangeklagten bestimmen, ihnen je nach Bedarf 100, 200 M. und mehr auszuhändigen. Da das Gewissen pochte, bestellte er Collum und Sommer eines Abends in die Gärmeranlage, um sie heimlich zu bitteln, ihm die Gelder wieder zurückzugeben, damit er mit dem Finanzamt reinen Tisch machen könne. Sie wußten den gutmütigen Droll, der in ordentlichen Verhältnissen lebte und seinen Fleiß für sich verbrauchte, aufse neue umzustimmen. Er gab jedem nochmals 300 M.

Die in seinem Besitz befindliche Restsumme von 2000 M. konnte für das Finanzamt gerettet werden. Im Verlaufe der Vernehmung wurde weiter festgestellt, daß Collum auch Kriegsanleihe unberechtigtweise verkauft hatte. Ferner warf ihm die Anlage vor, im Verein mit Sommer zwanzig zur Kontrolle notwendige Einnahmescheine besorgt zu haben. Sommer gab zu, drei Bücher verbrannt zu haben, während Collum bezüglich der übrigen siebzehn die Antwort schuldig blieb.

Der Erste Staatsanwalt wie auch die Verteidigung hoben darauf ab, daß wohl eine mangelnde Kontrolle in jener Zeit das Treiben der Angeklagten begünstigt habe. Wenn sie sich als Beamte auch schwer verfehlt hätten, so könnte man ihnen andererseits mildernde Umstände nicht verkagen. — Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Wegen erschwerter Amtsentziehung und Urkundenfälschung: Collum zwei Jahre Gefängnis, Sommer ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Droll acht Monate Gefängnis. Bei jedem der Angeklagten wurden sechs Monate Untersuchungshaft angedroht, sowie Sommer und Collum die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren abgeprochen. Der Haftbefehl gegen Droll wurde aufgehoben. Den Angeklagten wurde ihre bisherige Unbestraftheit zugute gehalten und bei Collum und Sommer auch eine gewisse Kollage anerkannt.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Mannheim

hielt am vergangenen Dienstag seine erste Sitzung nach den Neuwahlen ab. Er gab seine Zustimmung zur Aufnahme von Darlehen für Notstandsarbeiten bei der Landeshauptkasse im Betrage von 318.585 M. und genehmigte ferner eine Vorlage, die über die bereits bewilligten 11 Millionen M. hinaus weitere 8,6 Millionen M. zur Förderung des Wohnungsbauwerks verlangt.

In der zweiten Sitzung am Mittwoch hatte der Bürgerausschuß über großzügige Verkehrsprojekte zu entscheiden; nämlich über die Elektrifizierung sämtlicher Dampfbahtstrecken der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft und den Neubau elektrischer Bahnen nach Ladenburg-Schriesheim, Rheinau-Brühl-Schwetzingen und Sandhofen-Lampertheim. Diese Vorlage bedingt einen Kostenaufwand von 15 Millionen M., die die OEG. unter Vürgschaft der Stadtgemeinde aufzunehmen soll. Um diese Anleihe für die OEG. zu bekommen, muß die Stadt die gesamten Grundstücke, das ganze Bahngelände, Anlagen und Betriebsmittel wieder auf die OEG. zurückübertragen, wofür die Stadt 4,8 Millionen Aktien erhält. Der einstimmig angenommenen Vorlage zugrundeliegende Subtraktionsbeschuß hatte folgenden Wortlaut:

1. Die Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft hat für den Umbau und weiteren Ausbau der Vorortbahnen folgendes Programm aufgestellt:

- a) Elektrifizierung der bestehenden Dampfbahtstrecken und zweigleisiger Ausbau der Strecke Mannheim-Heidelberg unter Herstellung einer gradlinigen Verbindung zwischen Sodenheim und Wieblingen; voraussichtlicher Aufwand 7.551.000 M.;
- b) Bau einer elektrischen Bahn Mannheim-Ladenburg-Schriesheim; voraussichtlicher Aufwand 2.110.000 M.;
- c) Bau einer elektrischen Bahn von Mannheim-Rheinau über Brühl nach Schwetzingen; voraussichtlicher Aufwand 1.854.000 M.;
- d) Bau einer elektrischen Bahn von Mannheim-Sandhofen nach Lampertheim; voraussichtlicher Aufwand 2.076.000 M.;

Gierzu kommen noch an Disagio und Zinsen für etwa 1 1/2 Jahre schätzungsweise 1.379.000 M., insgesamt 15.000.000 Reichsmark.

2. Für ein von der OEG. für diesen Zweck aufzunehmendes Darlehen übernimmt die Stadt Mannheim bis zum Betrage von 15.000.000 M., die selbstschuldnerische Vürgschaft für Verzinsung und Tilgung des Kapitals.

3. Die Satzung der OEG. wird nach näher bezeichneter Vor schlägen abgeändert.

4. Die Stadt Mannheim übernimmt die wegen Erhöhung des Aktienkapitals von 20.000 auf 5.000.000 M. neu auszugebenden Aktien im Nominalbetrag von 4.950.000 M. und bringt als Gegenleistung den auf den Namen der Stadt entragenen Grundbesitz der früheren OEG. nebst Zubehör und Materialbeständen in die Gesellschaft ein.

Heidelberg Eisenbahnwünsche. Auf entsprechende Fragen der Redaktion des „Heidelb. Tagbl.“ hat der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dornmüller, über die Reichsbahndirektion Karlsruhe, folgende Antwort erteilt: Wann die Umgestaltung der Bahnanlagen am Karlsrufer in Heidelberg zur Ausführung kommen wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Der Entwurf hängt von dem noch nicht feststehenden Plane der Kanalierung des Neckars ab. Eine Beschleunigung des Umbaus des Bahnhofs Heidelberg ist leider nicht möglich. Bei der schlechten Finanzlage der Reichsbahn konnte die Baurate für 1927 wie in den Vorjahren nur gering bemessen werden. Eine Betriebsnotwendigkeit, die Strecke Mannheim-Heidelberg elektrisch zu betreiben, besteht nicht. Die Zahl der Züge könnte nötigenfalls noch vermehrt werden. Es schweben zurzeit Verhandlungen über eine Verdichtung des Zugverkehrs.

Der Schwelinger Schloßgarten. Die Stadtverwaltung Schwelingen veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: In letzter Zeit ist in der Presse an den Wiederbauforderungen im Schwelinger Schloßgarten scharfe Kritik geübt worden, die sachlich in jeder Beziehung unrichtig war und nicht den Tatsachen entsprach. Die nach dem Beschluß des zuständigen Ministeriums in Karlsruhe durch das Amt Schwelingen seit nahezu drei Jahren eingeleiteten Arbeiten zum Zweck der Erhaltung und Erneuerung des Schwelinger Schloßgartens werden nach genau festgelegten und vom Ministerium gebilligten Richtlinien im Einvernehmen mit dem im Schloßgartenbetriebe vertretenen nächstinteressierten Körperlichkeiten durchgeführt. Mit gutem Gewissen sehen wir dem kommenden Frühjahr entgegen, das allen Besuchern des Schwelinger Schloßgartens, des anerkannt schönsten Schloßgartens Deutschlands, die Möglichkeit geben wird, auf Grund persönlicher Anschauungen sich ein eigenes Urteil über den heutigen Zustand des Gartens zu bilden.

Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in Karlsruhe. Zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, die auf das Ende des Jahres 1925 eine erschreckende Steigerung erfahren hatte und seit Januar 1926 in ungeminderter Schärfe (a. H. 790 bei Notstandsarbeiten beschäftigte, 4854 Erwerbslosenunterstützung beziehende, 236 in der Krisenfürsorge bestehende Arbeitslose) bis heute fortdauert, sind seitens der Stadt Karlsruhe seit dem Winter 1925/26 bis heute Notstandsarbeiten bereitgestellt worden, die 212.295 Erwerbslosentagesstunden ergeben mit einem Gesamtaufwand von 2.968.283 M. Von diesem Aufwand sind 673.538 M. durch Zuschüsse, 1.078.700 M. durch Darlehen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gedeckt; 1.193.592 M. hat die Stadt unmittelbar selbst aufzubringen.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 128
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Ein Millionenprojekt in Ettlingen. Dieses Frühjahr will man mit dem Bau der Kanalisation der Stadt Ettlingen beginnen. Die über eine Million RM. betragenden Kosten verteilen sich naturgemäß auf mehrere Jahre. Der Bürgerausschuss wird demnächst über das Projekt Bescheid zu fassen haben. — Öffentlich entfällt dadurch künftig die Verunreinigung des Abflusses.

Der Voranschlag der Stadt Achern für 1927 schließt in Einnahmen mit 441 546 RM. (ohne Bürgergenussauflage und Gemeindesteuer) und in Ausgaben mit 588 659 RM., so daß ein Defizit von 147 113 RM. zu decken ist. Aus Bürgergenussauflage werden 2593 RM. erzielt. Die Steuer vom Grundvermögen wurde von 60 auf 80 Pfg. und diejenige vom Betriebsvermögen von 70 Pfg. auf 1 RM. erhöht. Die Gemeindesteuern ergeben zusammen 144 520 RM.

Die Kreisversammlung Offenburg wählte Oberbürgermeister Hoyer (Offenburg) zum Vorsitzenden und Oberbürgermeister Alfeltz (Wahr) zum Stellvertreter. Für die Wahl der Kreisräte war nur eine Liste der vereinigten politischen Parteien eingegangen. Die Wahl ergab die einstimmige Annahme dieser Liste. Hiernach wird der langjährige verdiente Vorsitzende Altbürgermeister Gleditsch (Offenburg) wiederum zum Vorsitzenden des Kreisrates gewählt, zum Stellvertreter den Vorsitzenden Rechtsanwalt Friedemann in Offenburg. Die Zahl der übrigen Kreisräte beträgt elf. Die Versammlung, der auch Landeskommissar Dr. Schneider (Freiburg) anwohnte, beschloß für die Kreisbeamten, Angestellten und Arbeiter eine Kostensatzbeschlüsse.

Bürgermeisterwahl. Der fünfte Wahlgang in Vottingen führte hier zur Wiederwahl des Landwirts Leopold Gersbach zum Bürgermeister. Auf ihn entfielen 104 Stimmen, während Berufsführer Hugo Bösch 55 und Zimmermann Fribolin Baumgärtner 12 Stimmen auf sich vereinigten.

100. Bodenseekonferenz. Vor kurzem fand in Meersburg die 100. Versammlung des Bodenseeverbandes statt, in dem sich die Bodenseeuferstaaten zur gemeinsamen Behandlung der Bodenseeverkehrsfragen zusammengeschlossen haben. Es wurden Beschlüsse zur Durchführung großzügiger Maßnahmen für die Erleichterung und Förderung des Verkehrs im Bodenseegebiet gefaßt.

Die Wohlfahrtspflege der deutschen Städte. Durch eine Rundfrage bei 12 großen Städten ist durch den Deutschen Städtetag festgestellt worden, in welchem Umfang auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege im ersten Halbjahre 1926 die Hausbesuchsätze überschritten haben. Es hat sich dabei ergeben, daß im Durchschnitt die Überschreitungen 38,3 Prozent betragen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Verkauf von Vordringlichkeitskarten ist — worauf von Seiten der Stadt aufmerksam gemacht wird — unzulässig. Die Vordringlichkeitskarte ist keine Urkunde, auf Grund deren Rechte übertragen werden können, sondern bestätigt lediglich die Tatsache, daß der Inhaber sich in dringender Wohnungsnot befindet und infolge Ablaufs der festgesetzten Wartzeit zur Erzielung einer zwangsverwahrlosten Wohnung berechtigt ist. Aus dem Anbieten einer Vordringlichkeitskarte ergibt sich jedoch, daß der Inhaber sie zur Behebung seiner Wohnungsnot nicht mehr benötigt. Die Karte hat damit ihre Bedeutung verloren; sie wird für kraftlos erklärt und eingezogen. Wer eine Vordringlichkeitskarte von dem Inhaber einer solchen erwirbt hat kein Recht auf Ingebrauchnahme einer zwangsverwahrlosten Wohnung.

Festungshaft für Bestimmungsmensuren. Das Schöffengericht Karlsruhe verurteilte heute zwei Studenten, Erich Kauer aus Neunkirchen (Saar), jetzt in Freiburg i. Br., und Rudolf Sieglach aus Stuttgart wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen gemäß der neuerlichen Rechtsprechung des Reichsgerichts zu je drei Monaten Festungshaft. Beide haben in Utsch eine Bestimmungsmensur ausgefochten, bei der der eine völlig unverletzt blieb, der andere eine Schramme davontrug. Die Einwendung des einen Angeklagten, daß er die Bestimmungsmensur als Sport und nicht strafbar betrachtet habe, wurde als nicht beachtlicher rechtlicher Irrtum vom Gericht abgelehnt.

Große Vorbereitungen finden in den künstlerisch decorierten Räumlichkeiten des Speisereaurants Friedrichshof mit humoristischen Konzerten am heutigen Donnerstag, dann am Samstag und Sonntag statt (S. a. Anz.).

Modeschau im Germania-Hotel. Nun hat auch Karlsruhe seinen Glanz im Gesellschaftsleben. Zwar hat es bisher schon verschiedene Modeschauen auch hier gegeben, aber sie waren in Rahmen gefaßt, die mehr nüchtern und geschäftsmäßig wirkten. Erst die gestern abend in den glänzenden neuhergerichteten, für solche Vorführungen besonders geeigneten Räumen des Germania-Hotels begonnene Modeschau hat diese Veranstaltung zu einem wirklichen gesellschaftlichen Ereignis herausgehoben. Von ersten ortsanfälligen Firmen wurden da einem Publikum, das sich aus den besten Gesellschaftskreisen zusammensetzte, die neuesten Schöpfungen der weiblichen Mode in den geschmackvollsten Formen vorgeführt, und die Veranstaltung in diesem Rahmen fand allseitig solchen Anklang, daß für die Zukunft ihre Wiederholung zweimal im Jahre in Aussicht genommen ist.

Sittlich verwahrloht. Ein entsetzliches Bild sittlicher Verwahrlosung entrollte die Schöffengerichtsverhandlung am Mittwoch. Eine 66jährige Frau hatte sich wegen Mißhandlung mit ihrem 22jährigen Sohne zu verantworten und erhielt zwei bzw. ein Jahr Zuchthaus mit entsprechendem Ehrverlust. In einem weiteren Falle wurde ein Vater, der jahrelang seine jetzt 17jährige Tochter mißbrauchte, zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt. — Schließlich standen noch ein 56jähriger Stiefvater und dessen 27jährige Stieftochter wegen unerlaubten Verkehrs vor Gericht. Beide kamen mit zwei Monaten Gefängnis davon. Die Stieftochter aber hatte sich außerdem an ihrem 10jährigen Stiefbruder vergangen und erhielt deshalb weitere sieben Monate Gefängnis.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die fortwährend milde Bitterung geschied gestern ein Temperaturmittel, das bis zu 6 Grad über Normal war. Die Niederschläge fielen nur im Hochschwarzwald als Schnee. Seit dem Vortag ist ein neuer ozeanischer Sturmwind ostwärts vorgezogen, der allenthalben starke Druckabnahme und auf der Südseite stürmischen regnerischen Wetter verursacht. Im Alpenvorland ist mit stärkerer Höhenwindung zu rechnen. Bei der vorherrschenden Westströmung tritt eine Bitterungsänderung noch nicht ein. — Wetterausichten für Freitag: Aufsteigende Südwestwinde, meist trüb, zeitweise Regen, fortwährend mild.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. D. Oberbuden, 13. Jan. Das Heilige Kadelwerk ging im Wege der Zwangsversteigerung für 8000 RM. in den Besitz einer Bank über, die Hypothekengläubigerin im Betrage von 75 000 RM. ist. Es hat sich nunmehr eine Gesellschaft m. b. H. zum Weiterbetrieb des Kadelwerks bereit gefunden.

D. D. Heidelberg, 12. Jan. Die Universität veranstaltet am Dienstag, den 18. Januar, vormittags 11 Uhr, eine Feier zur Erinnerung an die Gründung des Reiches. Geheimrat Prof. Dr. Krehl wird die Festrede halten.

D. D. Heidelberg, 12. Jan. In Redarzimmer ist Freiherr Franz von Gemmingen, Kammerherr des früheren Großherzogs, auf seinem Schloßgut, 56 Jahre alt, gestorben.

Baden-Baden, 11. Jan. Die Besuchsziffer belief sich bis 31. Dezember auf 76 173 (im Vergleich zu 1925 = 71 601). Davon entfallen auf Deutsche 64 517 = 84,7 Prozent, auf Ausländer 11 656 = 15,3 Prozent. Im Jahre 1925 verteilten sich die Frequenzziffer auf 62 094 Deutsche = 86,3 Proz. und auf 9507 Ausländer = 13,7 Prozent.

D. D. Schopfheim, 12. Jan. Heute nachmittag gegen 1/3 Uhr entstand bei der heißen Panunion ein Kardenbrand, welcher sich auf die Staubkammer (Filter) übertrug. Durch die gewaltige Rauchentwicklung war es nicht mehr möglich, des Feuers sofort Herr zu werden. Es erfolgte die Explosion des Staubfilters, der im Innern in vollen Brand geraten war. Trotz alledem konnte das Feuer auf seinen Ursprung beschränkt werden. Der Materialschaden ist ziemlich beträchtlich, ebenso der Maschinenschaden, doch kann der Betrieb im vollen Umfang aufrecht erhalten werden.

D. D. Herrnsahl, 13. Jan. Die sog. Klosterröhre beim Paradies, in der eine Säuremehre und Wohnungen untergebracht waren, ist nachts abgebrannt, wobei ein dort im Dachstuhl wohnender Fuhrmann namens Gräble erstickte. Man sah ihn noch während des Brandes in das Haus eindringen, vermutlich versuchte er noch etwas von seiner Habe zu retten und fand dabei den Erstickungstod. Der Schaden ist bedeutend.

D. D. Freiburg, 12. Jan. Die Handwerkskammer Freiburg begehrt am nächsten Sonntag, den 16. Januar, die feierliche Einweihung ihres neuen Verwaltungsgebäudes, das in der Bahnhofstraße eingerichtet wurde.

Zeitschriftenschau

Der Brückenbau und der Ingenieurhochbau im Jahre 1926. Der Brücken- und Ingenieurhochbau bei der Reichsbahn konnte im vergangenen Jahre ebenso wie im Jahre 1925 kräftig gefördert werden. Bedeutende Bauwerke für neue Anlagen wurden vollendet. Zu schwache Brücken wurden durch neue ersetzt oder verstärkt. An die Stelle abgängiger Ingenieurbauleistungen oft vor sehr schwierige Aufgaben gestellt, weil der Eisenbahnbetrieb nicht unterbrochen werden durfte. Die Bauwerke, die für neue Anlagen im vergangenen Jahre vollendet wurden, werden in einem ausführlichen Bericht von Dr.-Ing. e. h. c. Schaper in Heft 1/1927 der „Bauzeitung“ (Fachschrift für das gesamte Bauingenieurwesen, Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin, besprochen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	13. Januar		12. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.32	168.74	168.51	168.93
Rohenhagen 100 Kr.	112.29	112.57	112.31	112.59
Italien . . . 100 L.	18.30	18.34	17.50	17.54
London . . . 1 Pf.	20.438	20.490	20.439	20.491
Newyork . . . 1 D.	4.212	4.222	4.212	4.225
Paris . . . 100 Fr.	16.135	16.775	16.73	16.77
Schwiz . . . 100 Fr.	81.17	81.37	81.19	81.39
Wien 100 Schilling	59.31	59.45	59.31	59.45
Prag . . . Kr. 100	12.47	12.51	12.454	12.494

Die Rheinschiffahrt. Durch den dauernd niederen Wasserstand der letzten Woche drohte, wie aus Rehl gemeldet wird, der Rheinschiffahrt nach Straßburg die Einstellung. Durch den Bitterungsumschlag und den Regen der letzten Tage ist der Rhein innerhalb zwei Tagen derart gestiegen, daß die Schiffe wieder vor sich gehen kann. So passierten am Montag in Lauterburg 15 Schlepper mit 32 Anhängern in Richtung Straßburg.

Angebotliche Neubestimmungen für Gläubiger der Reichsbank. Die Wertkurve für die Marktanleihen des Reiches, deren Umtausch in die Ablosungsschuld im Februar d. J. beginnt, sind in den letzten Tagen stark gestiegen. Die W.M. von zuständiger Stelle erfährt, sind die Gerichte, nach deren beabsichtigt sein soll, den Gläubigern der Reichsbank-Anleihen Vergünstigungen über die Vorschriften des Anleiheablosungsgesetzes hinaus zuteil werden zu lassen, unbegründet.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Lehrerin und Turnlehrerandin Hedwig Sahlbaker an der Mädchenrealschule in Pforzheim zur planmäßigen Turnlehrerin dafelbst.

Verfetzt in gleicher Eigenschaft: Gewerbelehrer Friedrich Geiter an der Gewerbeschule in Pforzheim an jene in Durlach, Gewerbelehrer Karl Mauree an der Gewerbeschule in Pfullendorf an jene in Durlach.

Ministerium der Finanzen
In den Ruhestand versetzt: Oberhafenmeister Karl Reiter und Oberhafenmeister Jakob Steinhauer in Mannheim und Förster Wilhelm Kramer in Seehaus.

Auf 15. März d. J. ist an unserer Anstalt die planmäßige Stelle eines staatlich geprüften

Zeichenlehrers

nach Gruppe 9 der Badischen Befoldungsordnung zu besetzen. Lehrgebiet: Rechtschreibungsaufnahmen und deren zeichnerische Behandlung.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 1. Februar 1927 bei uns einzureichen.

Karlsruhe (Moltkestr. 9), im Januar 1927.
Badische Höhere Technische Lehranstalt (Staatschule).

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Mantloch und Eggenstein ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. J. 576

Karlsruhe, den 11. Januar 1927. D. 3. 6

Bezirksamt Abt. II b.

Hierauf
Klein Das Blumen
Tanzspiel von B. v. Menau
Einstudiert von E. Vielesfeld
Ruffl. Leitung: Dr. Knoll
Anfang 8. Ende 9/4.
I. Sperrst. Nr. 7.—

Freitag, den 14. Jan. 1927

* G 13

(nicht Freitagmiete)

26-Gem. 601—700

Die Puppenfee

Ballett von Joseph Bayer

Einstudiert von E. Vielesfeld

Ruffl. Leitung: Dr. Knoll

Les Bücher

Musen zu Müddl

COLOSSEUM
Tägl. abends 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr
Die große Revue
Das Champagnergirl
mit den reizenden Liliputanern 51

In den künstlerisch dekorierten Bierhallen des
Speisereaurant Friedrichshof
werden am **Donnerstag** und **Samstag** ab
8 Uhr und **Sonntag** ab 4 Uhr 81
Große
Bockbier-Feste
mit humoristischen Konzerten veranstaltet.
Spezialität:
Hausgemachte Bockwürste
Hierzu ladet ergebenst ein: **Wilhelm Ziegler.**

Residenz
Lichtspiele
Waldstraße 78
Ben Hur

Detektiv-Institut
u. Privat-
Ankunfte
Argus
Mannheim
O. G. 6
Planeten
Telefon 335 02
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Für 1927 brauchen Sie
einen neuen Kalender

**Kaufen Sie als Badener den
Eckhart 1927**
Jahrbuch für das Badner Land
Warum?

1. Sein Kalendarium ist durch Beigabe der Geburts- und Todestage badischer Persönlichkeiten von besonderem Interesse.
2. Künstlerische Beiträge, Gedichte, Schnurren und Anekdoten geben ihm neben vielen schönen Bildbeigaben einen dauernden Wert.
3. Er ist ein Führer durch das Volksleben der badischen Stämme der Alemannen, Franken und Pfälzer und gewährt von Jahr zu Jahr einen Ueberblick über das gemeinsame Schaffen.

Sie erwerben also mit ihm neben einem Dauerbesitz für die eigene Bibliothek zugleich tiefere Kenntnisse über unsere Heimat und verbinden damit die Wünsche nach einem praktischen und auskunftreichen Kalendarium für das Jahr 1927.

Der Eckhart 1927 ist zum Preise von M. 4.— zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom
Verlag G. Braun, Karlsruhe